

Europa wird, was wir daraus machen

Wim (Willem) Kok, geboren 1938, begann nach kaufmännischer Tätigkeit seine gewerkschaftliche Laufbahn im Jahre 1961 bei der Bauarbeitergewerkschaft im sozialistisch orientierten Gewerkschaftsbund NW. 1967 wurde er Vorstandsmitglied der Bergarbeitergewerkschaft, 1969 zum jüngsten Mitglied des Vorstands der NW und 1973 zu deren Präsidenten gewählt. Seit dem Zusammenschluß von NW und NKV zum Niederländischen Gewerkschaftsbund amtiert Kok als erster Präsident des Bundes.

Am Wendepunkt

Europa steht an einem Wendepunkt seiner Geschichte. Die Volkswirtschaft erlebt eine Krise, deren wichtigstes Symptom eine noch immer steigende Arbeitslosigkeit ist. Tiefgreifende Wandlungen vollziehen sich in einer systemkonformen Richtung. Gesellschaftliche Änderungen sind erwünscht, aber sie müssen gesteuert

und in die richtigen Bahnen gelenkt werden. Die Haltung der Arbeitgeber und der multinationalen Konzerne verhärtet sich immer mehr. Der EGB und die nationalen Gewerkschaften suchen nach einer neuen Strategie und neuen Mitteln, um die Probleme zu bewältigen. Das wirtschaftliche Wachstum, die Funktion und Ethik der Arbeit und die gewerkschaftliche Aufgabe in einer demokratischen Gesellschaft sind Schwerpunkte unserer eigenen Diskussion. Die Solidarität insbesondere mit den Arbeitnehmern und den Ärmsten in den Entwicklungsländern erfordert eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung in der Welt, die sicherlich große Konsequenzen für die Wirtschaft und die Arbeitnehmer in den Industriestaaten haben wird. Die Europäische Gemeinschaft befindet sich auf dem Wege zur Erweiterung, und die direkten Wahlen zum Europäischen Parlament stehen bevor.

Natürlich ist es unmöglich, sämtliche Faktoren hier zu vertiefen und dazu in diesem Rahmen Lösungen anzugeben. Ich werde mich deshalb auf einige Punkte beschränken, die auch im Rahmen dieses Heftes von Bedeutung sein können. Zunächst möchte ich mich mit einigen Fragen im Zusammenhang mit der Wiederbelebung der Wirtschaft befassen, dann die nahe Zukunft der EG berühren und zum Schluß angeben, wie meiner Meinung nach die Antwort des EGB auf eine Reihe von Hauptpunkten lauten soll.

Die Wiederbelebung der Wirtschaft

In der Europäischen Gemeinschaft muß eine programmierte Wiederbelebungsstrategie im engen Zusammenhang mit einer weltweiten Wachstumsstrategie aufgestellt werden, die auch auf die Interessen der Entwicklungsländer ausgerichtet sein muß. Ein Mittel, mit dem kurzfristig, wenn auch nur in geringem Maße, den großen Bedürfnissen der Entwicklungsländer entgegengekommen werden kann, ist eine beträchtliche Anhebung der öffentlichen Hilfe für Entwicklungszwecke mindestens auf das bereits in der Vergangenheit international vereinbarte Niveau (0,7% netto des Bruttosozialprodukts).

Alle Gemeinschaftsländer müssen dieser Vereinbarung möglichst bald nachkommen. Angesichts der strukturellen Unausgeglichenheit und Unordnung auf Weltebene ist es ferner unbedingt erforderlich, zu einem koordinierten internationalen Vorgehen zu kommen, das es ermöglicht, den Rückstand der Entwicklungsländer in der Perspektive einer neuen internationalen Sozial- und Wirtschaftsordnung zu verringern. Dabei kommt den ärmsten Ländern und den ärmsten Gruppen in diesen Ländern besondere Beachtung zu. Die Entwicklungspolitik muß die Entwicklungsländer vor allem in die Lage versetzen, die Grundbedürfnisse der Menschen vor Ort zu erfüllen und darf nicht ausschließlich auf die Förderung der Produktion billiger Exportprodukte abzielen, die nicht selten mit der Ausbeutung der lokalen Bevölkerung einhergeht. Ferner ist eine Vermischung von Entwicklungshilfe und Exportförderung des „Geberlandes“ abzulehnen. Dies würde zu einer heillosen Ent-

wicklung führen. Neue Formen der Zusammenarbeit zusammen mit strukturellen Änderungen der Weltwirtschaft müssen den Interessen der Entwicklungsländer dienen, aber zugleich die Volkswirtschaften der entwickelten Länder positiv beeinflussen.

Ich komme nun zur Sozial- und Wirtschaftspolitik in der Europäischen Gemeinschaft selbst. Die Ecksteine einer verantwortlichen Sozial- und Wirtschaftspolitik liegen in einer stärker bindenden, langfristigen Wirtschaftspolitik. Die Politik muß auf die gegenseitige Annäherung der Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten ausgerichtet sein. Im makroökonomischen, sozialen, sektoralen und regionalen Bereich müssen mittelfristige europäische Zielsetzungen ausgearbeitet werden, anhand derer die kurzfristigen Entwicklungen geprüft werden können. Ferner sind zur Verwirklichung dieser Zielsetzungen, und wenn erforderlich, zur Verbesserung der Politik, wirksame Instrumente zu schaffen.

Es ist erforderlich, ja notwendig, nationale Kompetenzen an die Gemeinschaft zu übertragen. Eine wirkliche Vergemeinschaftlichung der sozialwirtschaftlichen Politik in der Europäischen Gemeinschaft muß in eine Wirtschafts- und Währungsunion münden. Ein vollständige WWU, das heißt ein Gebiet, in dem weder Schutzmaßnahmen noch Wechselkursänderungen möglich sind, läßt sich wegen der großen Strukturunterschiede zwischen den Mitgliedstaaten unmöglich rasch verwirklichen. Die Einführung des Europäischen Währungssystems ist positiv zu werten. Die Wirksamkeit des EWS ist aber nur gewährleistet, wenn:

- eine wirksame Koordination der sozialwirtschaftlichen Politik unter einer wirksamen demokratischen Kontrolle zustande kommt und die Politik primär auf die Vollbeschäftigung und die vollwertige Beschäftigung ausgerichtet ist,
- die Kreditbegünstigungen zwischen den Mitgliedstaaten erweitert werden und eine ausgewogene Verteilung der Lasten stattfindet (angesichts der erwünschten Erweiterung der Gemeinschaft gewinnt dies noch mehr an Bedeutung),
- die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände intensiver zur Vorbereitung der Politik herangezogen werden.

Ich hoffe, daß die Mitgliedstaaten bereit sein werden, diese Voraussetzungen zu erfüllen, damit das EWS tatsächlich gut funktionieren kann. Das bedeutet zugleich, daß die reicheren Mitgliedstaaten angesichts der Verringerung der regionalen Unterschiede nicht allzu kleinlich sein sollten. Die Beseitigung der regionalen Rückstände entspricht übrigens ganz entschieden der erforderlichen sozialwirtschaftlichen Wiederbelebungsstrategie. Auch die Erhaltung und Hebung der Kaufkraft und der sozialen Sicherheit, die Zunahme der öffentlichen Investitionen mit sowohl erheblichen Beschäftigungskonsequenzen als auch hohem gesellschaftlichen Nutzen und die Förderung von hochwertigen technischen Know-hows müssen Bestandteile dieser Strategie sein.

Die Förderungspolitik darf keine allzu schwerwiegenden nachteiligen Auswirkungen für die Qualität der Beschäftigung, die Raumordnung, die sparsame Nutzung von Rohstoffen und die Lage der Entwicklungsländer mit sich bringen. Die Förderungspolitik soll ein Element in der europäischen Politik sein, die auf ein selektives Wachstum abzielt. Im Rahmen dieser selektiven Wachstumspolitik ist es von wesentlicher Bedeutung, einen besseren Einblick in die Investitionen zu gewinnen und sie bis zu einem gewissen Grade zu lenken. Um einen besseren Einblick zu gewinnen, ist es erforderlich, die Verpflichtung zur Anmeldung von Investitionen nach dem Beispiel der EGKS-Regelung auf alle wichtigen Sektoren in der EG auszudehnen. Um die Investitionen nicht nur zu fördern, sondern auch einigermaßen zu lenken, muß eine selektive europäische Investitionspolitik zustande kommen.

Die verstärkte Koordination und Integration der Sozial- und Wirtschaftspolitik soll sich nicht auf konjunkturpolitische Aspekte beschränken (wie es bisher häufig versucht wurde), sondern sie soll auch und sogar vielmehr auf die Verteilungsfunktion der sozialwirtschaftlichen Politik abzielen. Denn auch mit einer verstärkten selektiven Wachstumspolitik wiegt die Sorge um die Zukunft schwer.

Die Europäische Gemeinschaft

Zur Verwirklichung ihrer Zielsetzungen halten die Gewerkschaften grundlegende gesellschaftliche Reformen für unerlässlich. Sie bemühen sich darum vor allem im nationalen Rahmen. Wirklich tiefgreifende strukturelle Erneuerungen können jedoch nur im größeren, internationalen Rahmen zustande kommen. Die Gemeinschaft an sich bietet die Möglichkeit, wenn auch in geringem Maße, Einfluß und Kontrolle auf Entwicklungen über die Grenzen hinweg auszuüben, und dies ist angesichts der zunehmenden Härte und Internationalisierung des Kapitalismus von großer Bedeutung.

In Anbetracht des Umfangs der Europäischen Gemeinschaft, ihres grundsätzlich supranationalen Charakters und der Tatsache, daß wir von einer Weltordnung noch allzu weit entfernt sind, gibt es im Grunde keine echte und akzeptierbare Alternative zur EG. Außerdem muß man davon ausgehen, daß, wenn man in Zukunft systematischer und geordneter an die Fragen auf Weltebene herangeht, eine Zusammenarbeit in Regionalgemeinschaften sich als unerlässlich erweisen wird.

Festzustellen ist, daß die bisherige Entwicklung zu scharfer Kritik Anlaß gibt. Wenn auch vieles erreicht worden ist von dem, was die EG-Verträge vorschreiben, so haben doch die mangelhaften institutionellen Strukturen, die undurchsichtige und nicht sehr demokratische Entscheidungsbildung sowie das Fehlen einer wesentlichen Koordination der Sozial- und Wirtschaftspolitik sich immer nachdrücklicher bemerkbar gemacht. Die Bevölkerung hat sich dadurch in erheblichem Maße der Gemeinschaft entfremdet.

Das Fehlen eines demokratischen Entscheidungsverfahrens in Europa ist einer der Gründe, weshalb der Einfluß der Gewerkschaften auf den Lauf der Dinge in der Gemeinschaft bis heute ungenügend gewesen ist. Die gesetzgebende Gewalt muß für alle in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft fallenden Bereiche beim Europäischen Parlament liegen. Das bedeutet, daß das Parlament über den Haushalt der Gemeinschaft und über die gemeinschaftlichen Gesetzentwürfe beschließt und zugleich das Exekutivorgan kontrolliert. In näher zu bestimmenden Bereichen soll dem Parlament das Initiativrecht eingeräumt werden. Das neu gewählte Parlament muß unverzüglich mit seinem Kampf, diese Befugnisse zu erringen, anfangen.

Außerdem ist die Schaffung des Gemeinsamen Marktes, in dem Hindernisse beseitigt wurden, in ungenügendem Maße von einem gemeinsamen Instrumentarium und einer gemeinsamen Politik begleitet worden, das den Unausgeglichenheiten in wirtschaftlicher, sozialer, sektoraler und regionaler Hinsicht hätten vorbeugen können oder sie hätten ausgleichen können. Die befreiende Integration ist zum größten Teil gelungen, die ordnende Integration stagniert beträchtlich.

Die Antwort auf die heutigen Probleme, an erster Stelle die Arbeitslosigkeit, darf nicht das Rückgängigmachen der ersten Integrationsform sein, sondern sollte in einem fortwährenden Kampf für eine gezielte Lösung der Probleme im europäischen Zusammenhang bestehen.

Programmierung und Demokratisierung müssen die Stichworte sein. Beim Abschluß der Römischen Verträge bezweckte man durch die Schaffung von einigen Freiheiten, wie der Freizügigkeit der Arbeitnehmer und des Kapitals, die Sicherung einer ausgewogenen und raschen Wirtschaftsentwicklung. Der Marktmechanismus und das freie Spiel der gesellschaftlichen Kräfte würden, so hieß es, die wirtschaftlichen Möglichkeiten optimal nutzen und dadurch auch die sozialen Aspekte zur Geltung kommen lassen. Diesen Ausgangspunkt können die Gewerkschaften nicht akzeptieren. Die europäische Integration darf nur als gelungen bezeichnet werden, wenn sie einen selbständigen Beitrag zur Verwirklichung von Aufgaben leistet, zu denen die einzelnen Staaten jeder für sich nur ungenügend imstande sind.

Der Europäische Gewerkschaftsbund

Der Aufbau des „Europas der Arbeitnehmer“ ist nur über den weiteren Ausbau des bestehenden Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) zu einem festen, tatkräftigen und solidarischen Verband möglich. Die Gesamtzahl der Mitglieder, die sich nun auf fast 40 Millionen beläuft (Mitglieder innerhalb und außerhalb der EG), stellt ein gewaltiges Machtpotential dar. Allmählich gelingt es dem EGB, seine Kinderkrankheiten zu überwinden. Das Aufbauverfahren kostet jedoch erhebliche Anstrengungen. Wir werden uns in der kommenden Zeit mit einer Reihe von wichtigen Fragen tiefgehend befassen müssen, wie der Verbesserung der inneren Arbeitswei-

se, der Erörterung der vielen Beitrittsanträge, der Förderung der aktiven Unterstützung durch die angeschlossenen Bünde, der Abgrenzung der Aufgabenbereiche gegenüber den internationalen Verbänden, der Miteinbeziehung der einzelnen Gewerkschaftsmitglieder und der Strategie zur Konkretisierung der potentiellen Kraft in handfesten Aktionen. Die Weiterentwicklung des EGB hängt in erheblichem Maße vom Bestehen starker Gewerkschaftsverbände in den unterschiedlichen Sektoren ab. Dazu ist es erwünscht, die Gewerkschaftsausschüsse zu vollwertigen Ecksteinen des europäischen Gewerkschaftsgebäudes analog zu den nationalen Verhältnissen zu verstärken und auszubauen.

Die von mir befürwortete Europäisierung darf keineswegs unsere Rolle im Weltrahmen beeinträchtigen. Das möchte ich ganz besonders hervorheben. Die Gewerkschaften auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene müssen ein zusammenhängendes Ganzes bilden. Unnützer Uneinigkeit muß Einhalt geboten werden. Ich halte es für erwünscht, daß auf Weltebene die beiden internationalen Verbände IBFG und WVA den politischen Willen zum Ausdruck bringen, zwar schrittweise, aber dennoch rasch zur Bildung einer einzigen neuen demokratischen Gewerkschaftsorganisation zu kommen. Diese Erneuerung der Weltgewerkschaftsbewegung wird eine Anziehungskraft auf andere, nicht dem IBFG oder WVA angeschlossene Gewerkschaftsverbände ausüben. Eine einzige demokratische Weltorganisation ist besser imstande, die gemeinsamen Zielsetzungen zu verwirklichen: so die Anerkennung und Anwendung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte, die Einführung einer neuen internationalen Wirtschafts- und Sozialordnung, die Beseitigung von Armut und Unterentwicklung, die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung, eine wirksamere Kontrolle der multinationalen Unternehmen und der technologischen Entwicklung und allgemein eine grundlegende Demokratisierung des gesellschaftlichen und sozialwirtschaftlichen Geschehens.

Wenn ich die Entwicklungen im EGB betrachte, stelle ich fest, daß sich seit dem Kopenhagener Kongreß ein stetiger Fortschritt vollzieht. Das Londoner Aktionsprogramm und der gemeinsame Aktionstag für die Vollbeschäftigung am 5. April 1978 sind Beispiele dieser Entwicklung. Die Herausforderungen, die vor allem die Europäische Gemeinschaft stellt, werden immer tatkräftiger beantwortet. Die potentielle Kraft des EGB muß aber noch gezielter für gesellschaftliche Veränderungen und Fortschritte im gesamten Aktionsbereich des EGB eingesetzt werden. Im Mai 1979 wird der EGB-Kongreß in München das Programm für die kommenden Jahre festlegen. Der Exekutivausschuß des EGB wird es konkretisieren müssen; er muß zur Verwirklichung der Zielsetzungen vor allem eine Strategie aufstellen und Aktionsmittel entwickeln. Dies bedeutet, einen größeren Einfluß auf die europäischen Behörden sowohl im Rahmen der EG wie in dem der EFTA zu erlangen, aber vor allem auch die eigene potentielle Kraft auf europäischer Ebene zu mobilisieren.

Dazu werden der EGB und seine angeschlossenen Verbände weiterhin bei den Arbeitgebern darauf bestehen müssen, mit den europäischen Gewerkschaften in Gespräche einzutreten.

Der EGB muß in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsausschüssen Aktionen durchführen. Es ist Aufgabe des EGB und der Gewerkschaftsausschüsse, angemessene Aktionen zu fördern und zu koordinieren. Diese Aktionen können beinhalten: Öffentlichkeitsarbeit zur Einflußnahme auf die öffentliche Meinung; Kundgebungen; Pünktlichkeits- und Bummelstreikaktionen und, wenn notwendig, Streiks — eventuell selektiv.

Der EGB darf nicht länger akzeptieren, daß internationalen Solidaritätsaktionen weiterhin gesetzliche oder sonstige Hindernisse im Wege stehen. Die Verhaltensregeln von multinationalen Konzernen müssen die Ausübung von Solidaritätsrechten der Arbeitnehmer ausdrücklich erlauben.

Die Entwicklungen in Europa müssen zu neuen Beziehungen mit den Entwicklungsländern beitragen. Dies erfordert tiefgreifende Umwandlungen in Europa, das sein wird, was wir daraus machen.

Der EGB hat in dieser Beziehung eine wichtige Aufgabe. Unsere Erwartungen dürfen wir nicht allzu hoch schrauben, aber die Probleme erfordern, daß wir uns mit allen Kräften an die Arbeit machen.